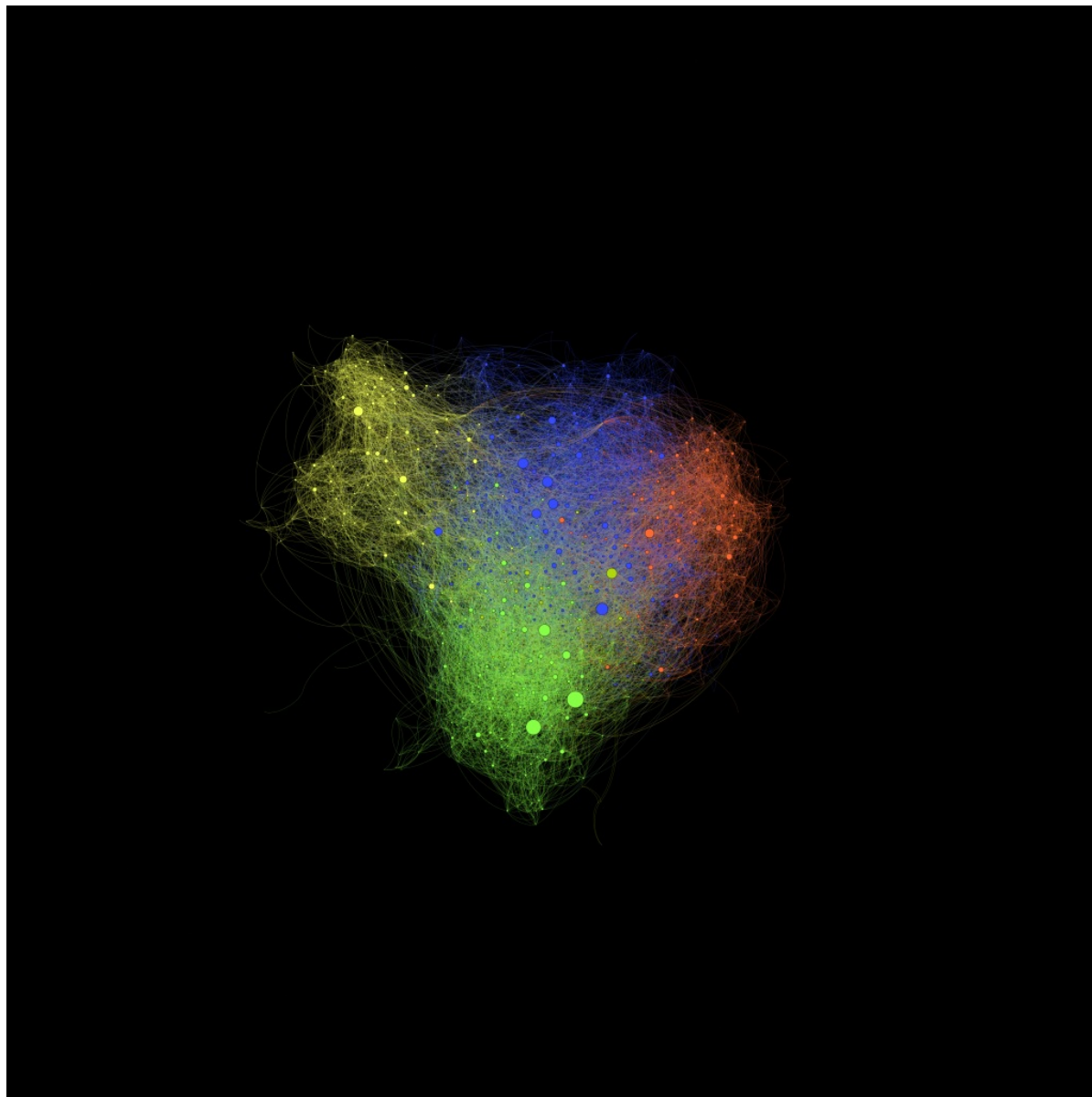


# Farbenfrohe Rechtsprechung: Verweisungsanalyse von BVerfG

**VB** [verfassungsblog.de/farbenfrohe-rechtsprechung-verweisungsanalyse-von-entscheidungen-des-bundesverfassungsgerichts/](http://verfassungsblog.de/farbenfrohe-rechtsprechung-verweisungsanalyse-von-entscheidungen-des-bundesverfassungsgerichts/)



Mit wachsender Rechenkraft und allgegenwärtigem Anfallen von Daten hat auch die Netzwerkanalyse als Methode der Sozialforschung rege Verbreitung gefunden. Sie knüpft an den Verbindungen von Einheiten an und sucht hieraus Schlüsse über die Beschaffenheit des Netzwerks und seiner Kausalitäten zu ziehen. Die Netzwerkanalyse wurde beispielsweise zur Erforschung digitaler [Einflusssphären](#) ebenso verwendet wie zur Analyse von [Terrorzellen](#). Auch den [Entscheidungen des U.S. Supreme Courts](#) und schließlich auch dem [deutschen BGB](#) wurde bereits netzwerkanalytisch zu Leibe gerückt. Das Netzwerk, welches sich aus den Verweisungen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aufeinander ergibt, liegt jedoch bisher im Dunkeln.

Um dies nachzuholen, wurden die von dem Projekt "[Deutschsprachiges Fallrecht \(DFR\)](#)" verdienstvoll digitalisierte und aufbereitete Sammlung der wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts verwendet und mit den Programmen R und Gephi netzwerkanalytisch aufbereitet. Diese Entscheidungszusammenstellung umfasst dabei den größten Teil der Juristen unter der Abkürzung BVerfGE geläufigen Sammlung. Die Auswahl durch das DFR-Projekt erfolgt nach Unterrichtsrelevanz. Beispielsweise

Sozialrechts-, Pensions- und Steuerentscheidungen sind dadurch aber unterrepräsentiert. Bandnummern und Seitenzahlen der gedruckten Fassung (so werden die Entscheidungen gewöhnlich zitiert) werden übernommen und zusätzlich mit Kurztiteln versehen. Unser Datensatz umfasst aufgrund der Natur der Auswahl der BVerfGE-Sammlung vornehmlich Senats- und Plenumsentscheidungen (§ 31 Abs. 1 und 2 BVerfGG). Die insgesamt 1394 vom DFR-Projekt digitalisierten Entscheidungen stellen damit nur einen Bruchteil der [seit 1951 erledigten 200.000 Verfahren](#) dar (davon rund [181.000 durch Entscheidung](#)). Dabei kann man aber davon ausgehen, dass die in die Sammlung aufgenommenen Entscheidungen für Verfassungsrecht und Praxis besonders wichtig und rechtlich eher uneindeutig sind (siehe hierzu §§ 93-93d BVerfGG).

Am Anfang der Analyse stehen die Verweisungen von neueren auf ältere Entscheidungen als Verknüpfungen zwischen den Entscheidungen. Aus den Entscheidungen als Punkten und den Verweisungen als Linien ergibt sich das abgebildete Gesamtnetzwerk. Je häufiger eine Entscheidung zitiert wird, desto größer und zentraler der sie symbolisierende Knoten. Die Farben visualisieren dabei Entscheidungsgruppen – sprich: Cluster –, die sich durch relativ kurze Verweisungsketten innerhalb des Netzwerks ergeben. Insgesamt beträgt die durchschnittliche Pfadlänge zwischen zwei Knoten 3,48, die längste Pfadlänge geht über 18 Stationen und über 90% der Entscheidungen sind maximal 6 oder 7 Verweisungen voneinander entfernt.

Doch wie lassen sich aus diesem Netzwerk nun statistisch Aussagen gewinnen, die auch für die Praxis des Verfassungsrechts und die Rechtswissenschaft relevant sind? Auf zwei Hypothesen soll hier näher eingegangen werden.

## 1. Die meistzitiertesten Entscheidungen sind die insgesamt relevantesten.

Der Verweis auf eine vorhergehende Entscheidung in einer gerichtlichen Begründung kann als inhärente Beurteilung ihrer Relevanz für die Lösung des vorliegenden Falles gewertet werden. Geht man davon aus, dass die Relevanzbeurteilungen aller Begründungen in etwa gleichwertig sind und addiert sie, erhält man eine Liste der entscheidungsrelevantesten Präjudizien. Das heißt, entscheidungsrelevant *für* das Bundesverfassungsgericht und *nach seiner eigenen* Beurteilung. Dieses simple Verfahren lässt sich noch durch eine [Gewichtung und Einbeziehung umliegender Verweisungen \(also durch die Zentralität der Entscheidungen\) verfeinern](#), was für den Zweck dieses Blogbeitrags aber erstmal unterbleiben soll.

Entscheidung	Eingehende Verweisungen
18, 85 – Spezifisches Verfassungsrecht	125
7, 198 – Lüth	114
7, 377 – Apotheken-Urteil	88
6,32 – Elfes	87
8, 274 – Preisgesetz	77
1, 14 – Südweststaat	77
50, 290 – Mitbestimmung	76
1, 208 – 7,5%-Sperrklausel	72
4,7 – Investitionshilfe	71
1, 97 – Hinterbliebenenrente I	68

Eine solche Rangliste mag – insbesondere für den juristischen Laien – zunächst wichtig und bedeutend klingen. Es ist aber mit der *generellen Relevanz* von Entscheidungen, also ihrer Wichtigkeit für die Verfassungsrechtsprechung insgesamt, noch nicht allzuviel gewonnen. Die generelle Relevanz hilft kaum bei der verfassungsgerichtlichen Aufgabe, die für die Lösung des konkreten Einzelfalles relevanten Normen und Präjudizien auszuwählen. Sie hilft dem Verfassungsrechtler nicht dabei, normativ wertend zwischen

Sachverhalt und (Fall-)Recht hin- und herzublicken. Es ist zwar denkbar, dass eine solche Liste Ausgangspunkt für die Suche nach relevanten Präjudizien ist, aber für eine verfassungsrechtlich vorgebildete Person ist es aussichtsreicher Aufsätze, Lehrbücher, insbesondere aber auch Kommentare zu konsultieren. Außerdem geht das deutsche Verfassungsrechtsdenken vornehmlich vom Grundrecht aus und erst nachgeordnet von etwaigen Präjudizien.

Die These, dass die am meisten zitierten Entscheidungen die relevantesten sind, mag also grundsätzlich stimmen, ist aber praktisch wenig hilfreich. Eine Ausnahme mag vorliegen, wenn man sich das Verfassungsrecht anhand von Leitentscheidungen erschließen möchte. Um bestimmte Bereiche der Verfassungsrechtsprechung zu erhellen, kann es aber erfolgversprechend sein, sich auf bestimmte Entscheidungscluster zu konzentrieren. Es wird also von der Makroebene (Gesamtnetzwerk, wie oben abgebildet) auf die Mesoebene (Subnetzwerk) des Zitationsnetzwerks gewechselt.

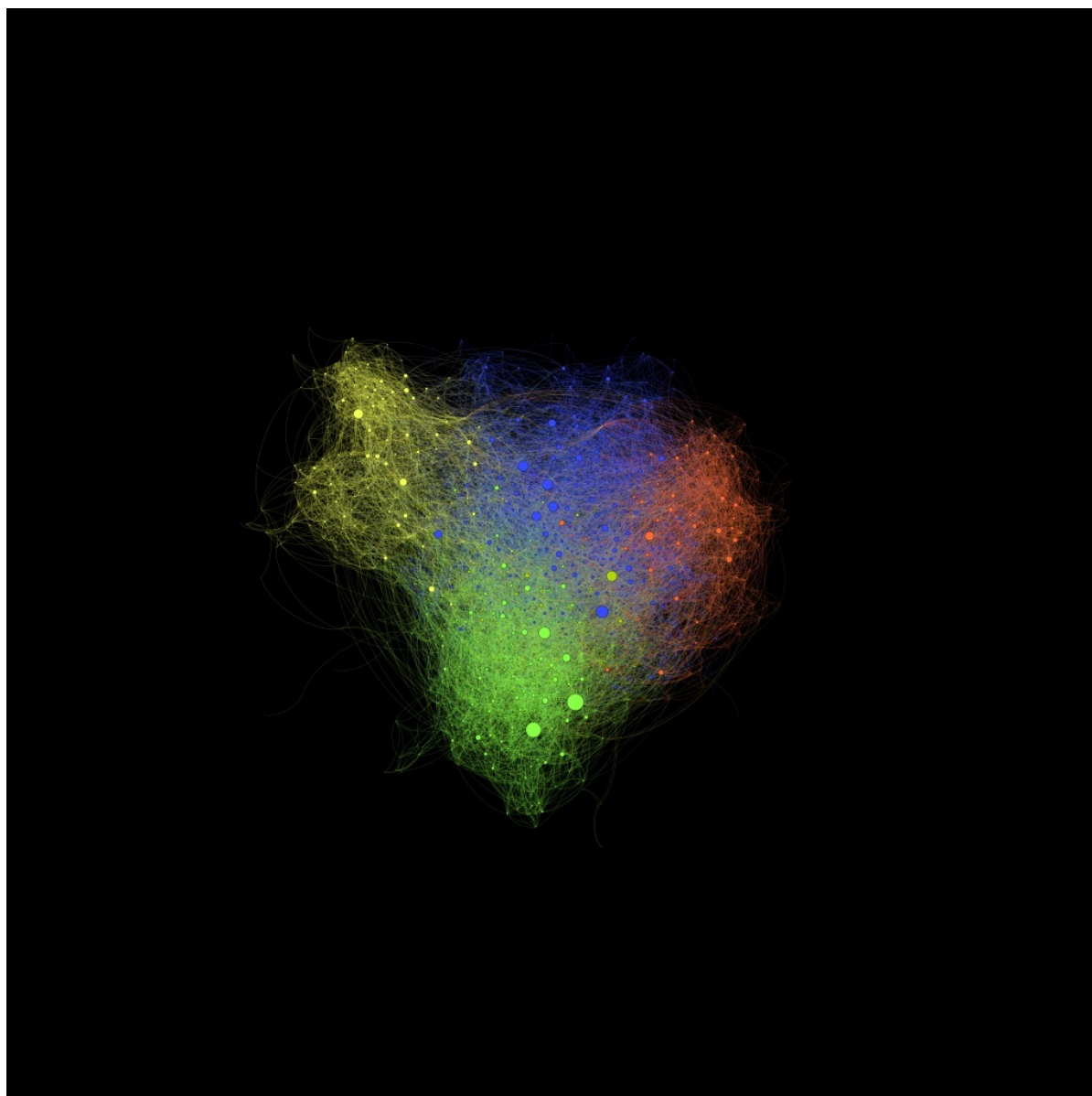
## 2. Die sich ergebenden Entscheidungscluster entsprechen bestimmten Bereichen der Verfassungsrechtsprechung

Die farbig hervorgehobenen Entscheidungscluster werden durch einen Modularitätsalgorithmus bestimmt (hierzu z.B. [Blondel u.a.](#)). Entscheidungen in einem Cluster sind untereinander stärker verbunden, als sie mit Entscheidungen der jeweils anderen Cluster verbunden sind. In der Tat entsprechen die Cluster zum Teil bestimmten materiell-rechtlichen Bereichen des Verfassungsrechts. So lässt sich das in der Visualisierung gelb dargestellte Cluster vor allem dem Staatsorganisationsrecht zuordnen, sowie den verfassungsrechtlichen Bereichen von Parteien, Wahl und Mandat. Das grün dargestellte Cluster hingegen umfasst vornehmlich Entscheidungen zu Persönlichkeits- und Kommunikationsgrundrechten. Das rote Cluster scheint vor allem die Bereiche Steuern, Familie, Sozialleistungen und Gleichheitsfragen zu berühren. Das blaue Cluster hat die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit, die Berufsfreiheit und Weiteres zum Inhalt. Gerade die letzten zwei genannten Cluster sind dabei aber alles andere als trennscharf.

Weitere Querverbindungen zwischen diesen Bereichen könnten sich aus gemeinsamen verfassungsprozessualen Problemen, Fragen der Grundrechtsberechtigung- und verpflichtung, übergreifenden dogmatischen Fragen (Schutzbereich – Eingriff – verfassungsrechtliche Rechtfertigung) und Ähnlichem ergeben. Auch die zeitliche Nähe von Entscheidungen könnte erklären, warum auf bestimmte Entscheidungen und nicht direkt auf frühere Grundlagenentscheidungen Bezug genommen wurde.

Die Cluster, aber gerade auch Ausschnitte von ihnen, können Ausgangspunkte sein, um sich Unterbereichen des Verfassungsrechts über Präjudizien zu nähern oder um bestimmte Entscheidungen in der Fülle der Rechtsprechung zu verorten. Auch kann ein solcher Zugang helfen, die Bedeutung einzelner Entscheidung aus rechtsgeschichtlicher Perspektive und die Genealogie dogmatischer Figuren zu ergründen, was allein durch die Rezeption der entsprechenden Literatur zumindest sehr aufwendig wäre. Einen genaueren zweiten Blick auf Art und Kontext der Zitierung kann die Netzwerkanalyse dabei freilich nicht ersetzen, aber sie kann eine brauchbaren Einstieg liefern. Als gewinnbringend könnte sich hier auch die Einbeziehung von Kammerentscheidungen in das Netzwerk herausstellen. Diese werden rechtswissenschaftlich nämlich eher selten thematisiert. Die Netzwerkanalyse von Verfassungsrechtsprechung kann also das juristische Arbeiten mit Entscheidungen, Kommentaren, Aufsätzen und Monografien natürlich niemals ersetzen, aber durch eine weitere Perspektive ergänzen.

*Herzlicher Dank gebührt [Prof. Dr. Puschmann](#) für die netzwerkanalytische Aufbereitung und Auswertung der Daten und [Prof. Dr. Tschentscher](#) für einige wertvolle Hinweise zur ihrer Interpretation. Alle Fehler bleiben meine eigenen.*



With increasing computing power and the ubiquitous production of data, the method of network analysis has spread considerably. This method focuses on the connections of entities and looks for conclusions regarding the nature of certain networks and potential relations within it. For example, network analysis was used to study digital spheres of political opinion influence (Adamic et al., 2005) as well as analysing terror cells (Krebs, 2002). Decisions of the U.S. Supreme Court (Fowler et al., 2008) and even the German civil code (Bürgerliches Gesetzbuch) (Tolksdorf et al., 2012) have been subjected to an analysis of this kind. However, the network resulting from self-citations in decisions of the German constitutional court (“Bundesverfassungsgericht”, abbreviated “BVerfG”) has so far not been studied.

In order to change this, we subjected the collection of the most important decisions of the BVerfG, meritoriously digitised by the project “Deutschsprachiges Fallrecht” ([DFR]; [http://www.servat.unibe.ch/dfr/dfr\\_info.html](http://www.servat.unibe.ch/dfr/dfr_info.html)), to a network analysis using the programmes R and Gephi. This collection of decisions holds what most German jurists know as cases cited with the abbreviation “BVerfGE”. The DFR selects the cases according to their relevance in teaching. As a result, decisions regarding for example social law, pensions, and tax law are underrepresented. The volume and page numbers of the printed version (usually this is how the decisions are cited) are adopted and a short title is added. Following the selection criteria, the DFR database and our set of data mainly includes decisions by the senate and plenum of the court (cf. § 31 (1) and (2) BVerfGG, which is the procedural by-law of the constitutional court). Therefore, the collection, which comprises 1,394 decisions, only encompasses a fraction of the overall 200.000 proceedings (of which approx. 181,000 are concluded with a

decision) that have been processed by the court since 1951 ([http://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Jahresstatistiken/2013/statistik\\_2013\\_node.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Jahresstatistiken/2013/statistik_2013_node.html)). One can assume that the decisions included in the collection are of high theoretical and practical value and that they are rather disputed (see §§ 93-93d BVerfGG, which is the Law of the constitutional court. It outlines which decisions are published.).

But how can we draw statistical conclusions from this network that will be useful in constitutional legal practice and theory? In this regard, two hypotheses shall be examined in more detail. The basis of the analysis are references from newer to older decisions as the connections of the network. The pictured overall network is created by the decisions depicted as dots and the references as lines connecting the dots. The more often a decision is cited, the bigger and more central the knot symbolising the respective decision. Different colours are used to visualise groups of decisions – or: clusters –, which exhibit considerably shorter chains of references internally than they have to other parts of the network. On average the length of the path connecting any two dots is 3.48, the overall longest line connects through 18 points. Further, over 90% of decisions are at a maximum distance of 6 or 7 hops away from each other.

## 1. The most cited decisions are the most relevant decisions overall.

The reference to a previous decision in a court's reasoning can be considered an inherent assessment of its relevance in deciding the current case. Assuming that all assessments of relevance of all court judgments are more or less even and then adding these up, the result is a list of the most relevant precedents. This relevance pertains to the BVerfG's task and is derived from *its own* judgment. This simple method, could be further refined by weighing and including surrounding references (thus by using the centrality of the decision, cf. Fowler et al., 2008, p. 20). It is, however, omitted for the purpose of this piece.

Case	Incoming References
18, 85 – Spezifisches Verfassungsrecht	125
7, 198 – Lüth	114
7, 377 – Apotheken-Urteil	88
6, 32 – Elfes	87
8, 274 – Preisgesetz	77
1, 14 – Südweststaat	77
50, 290 – Mitbestimmung	76
1, 208 – 7,5%-Sperrklausel	72
4, 7 – Investitionshilfe	71
1, 97 – Hinterbliebenenrente I	68

Such a ranking may sound important and valuable at first – especially to the legal laymen. However, the *general* relevance of decisions, i.e. their importance for the constitutional jurisprudence in total, is not a big asset. The overall relevance is hardly helpful when the constitutional court faces the task of selecting the relevant laws and precedents for deciding a specific case. It does not help the constitutional jurist when making normative judgments by looking back and forth between the facts of a case and the law or preceding cases. It is possible that such a ranking could be the starting point when searching for relevant precedents. However, for a jurist with knowledge of constitutional law, it seems more promising to consult articles, textbooks and especially commentaries. Further, it is to be considered that German constitutional thinking is deeply rooted in each individual fundamental right enshrined in the Grundgesetz (abbreviated: GG, the German constitution) and that

precedents only have a subordinate function.

The hypothesis that the most cited decisions are the most relevant, may therefore be correct in general. However, there is limited practical value to it. An exception could arise when one wants to understand the constitutional law by the means of precedents. To understand certain areas of constitutional jurisprudence it might make sense to focus on specific clusters of decisions. Therefore, we need to change from the macro-level (as shown above) to the meso-level (sub-network) of the citation network.

## **2. The resulting clusters of decisions relate to certain areas of constitutional jurisprudence.**

The coloured clusters of decisions are determined by a modularity algorithm (see e.g. Blondel et al., 2008). Decisions within a cluster are stronger connected among each other than with decisions from other clusters. And in fact, the clusters partly represent certain fields of constitutional law. The yellow cluster in the diagram (see above) can be linked mainly to the field of state organisation (“Staatsorganisationsrecht”), as well as the constitutional areas of election, political parties, and mandate. On the other hand, the green cluster seems to predominantly encompass decisions based on the fundamental rights regarding personality and communication. The red cluster mainly touches upon the areas of taxes, family, social benefits, and questions of equality. The contents of the blue cluster are freedom of occupation and entrepreneurship and other areas. Especially, for the latter two there is no clear-cut separation.

Additional cross-connections between these fields (i.e. not only caused by material legal similarity) could arise from common constitutional procedural problems, questions of standing and obligations regarding fundamental rights in general, but also overarching dogmatic questions (scope of protection [Schutzbereich] – interference [Eingriff] – justification [verfassungsrechtliche Rechtfertigung]) and alike. Time should also be considered as a factor, when explaining why a decision cites a certain case rather than directly referencing an older landmark decision.

The clusters themselves and especially some of their sub-clusters could be a starting point when tackling sub-fields of constitutional law by using precedents or when trying to locate a decision within the vast amount of jurisprudence. Such method could further prove helpful when trying to ascertain the legal-historical perspective on and the genealogy of certain dogmatic or doctrinal figures – whereas using only the respective literature for this, would turn out time-consuming. Network analysis cannot replace a more detailed look at the context and type of the citation. However, it can provide a useful first step to the matter. Including the chamber decisions of the BVerfG into the network could be further beneficial, as these are rarely the topic of academic legal discourse. To conclude, the network analysis of constitutional jurisprudence can never replace meticulous legal work with decisions, commentaries, articles, and monographs, but it does supplement this work with a valuable additional perspective especially in the fields of legal history and legal sociology.

*Prof. Dr. Cornelius Puschmann conducted the preparation, visualisation, and analysis of data. We would like to thank Prof. Dr. Axel Tschentscher for his helpful comments and Hanna Soditt for her valuable help with the translation of this piece.*

---

LICENSED UNDER CC BY NC ND

SUGGESTED CITATION Staben, Julian: *Colourful Case Law: Citation Analysis of the German Constitutional Court's Jurisprudence*, *VerfBlog*, 2015/1/26, <http://verfassungsblog.de/farbenfrohe-rechtsprechung-verweisungsanalyse-von-entscheidungen-des-bundesverfassungsgerichts/>.